

Die Wahlsieger laufen auf

Die Grünen fordern eine neue Zauberformel und keine vorzeitigen Bundesratsrücktritte: Die politische Konkurrenz winkt mehrheitlich ab.

Lorenz Honegger
und Doris Kleck

Jetzt oder nie. Am 11. Dezember wählt die Bundesversammlung den Gesamtbundesrat neu. Bis dahin haben die Grünen Zeit, aus ihrem historischen Erfolg bei den Parlamentswahlen vom 20. Oktober machtpolitisches Kapital zu schlagen.

Wohl auch weil die Wahl eines grünen Bundesrats als unwahrscheinlich gilt, hat die Parteispitze einen Forderungskatalog ausgearbeitet, von dem sie die politische Konkurrenz überzeugen will. Allerdings zeichnet sich noch vor Gesprächsabschluss ab: Die Wahlsieger laufen weitgehend auf.

Zum einen fordert Parteipräsidentin Regula Rytz eine neue Zauberformel für den Bundesrat und eine «Klärung der Frage, ab wann sie gilt»: SVP und SP sollen zwei, FDP, CVP und Grüne je einen Sitz erhalten. Zum anderen verlangt die Berner Politikerin von allen Parteien ein «öffentliches Bekenntnis» zum Grundsatz, dass Bundesratsrücktritte aus taktischen Gründen vor Ende der Legislatur systemwidrig sind. «Ausser natürlich im Fall von persönlichen Schicksalsschlägen», sagt sie im Gespräch mit CH Media.

Bundesräte sollen selbst über Rücktritt entscheiden

Beide Forderungen dürften chancenlos sein, sofern sich bis am 11. Dezember nicht etwas Grundlegendes ändert. Selbst der den Grünen wohlgesinnte SP-Fraktionschef Roger Nord-



Ein FDP-Bundesrat reicht, findet Grünen-Präsidentin Regula Rytz (links), hier mit FDP-Präsidentin Petra Gössi. Bild: Anthony Anex/Keystone

mann bezeichnet den Verzicht auf vorzeitige Rücktritte als nicht praktikabel. «Ein gescheiterter Bundesrat soll zurücktreten können, ohne Gesundheitsprobleme vorgaukeln zu müssen.»

Der Luzerner CVP-Nationalrat Leo Müller sagt: «Wenn man taktische Rücktritte von Bundesräten verbieten würde, müs-

te man auch parteipolitisch motivierte Abgänge von National- und Ständeräten verbieten.» Das führe zu weit. Am Ende solle der Rücktritt immer noch ein persönlicher Entscheid des Amtsträgers sein.

Der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni war von 2008 bis 2010 persönlicher Mitarbeiter des damaligen FDP-Bundes-

rates Hans-Rudolf Merz. Auch er will Rücktritte vor Ende Legislatur weiterhin erlauben: «Es gibt nichts Persönlicheres im Leben eines Bundesrates als den Moment des Rücktritts.»

Ein anderer FDP-Vertreter bringt das Beispiel von alt Bundesrat Didier Burkhalter ins Spiel. Der Neuenburger ist 2017 während der Legislatur zurück-

getreten, hat seine Partei aber nur drei Stunden im Vorfeld über seinen Abgang informiert. Von einem parteipolitisch motivierten Rücktritt zu sprechen, sei völlig realitätsfremd, sagt der Freisinnige.

Nur der Nidwaldner SVP-Nationalrat Peter Keller bezeichnet vorzeitige Rücktritte als «stossend aus demokratie-

politischer Sicht». Ein öffentliches Bekenntnis aller Parteien, wie es Regula Rytz verlangt, lehnt er jedoch ab. «Das ist der grüne Bekenntnisdrang. Müssen wir uns dann auch die Hände geben?»

Vorzeitige Bundesratsrücktritte sind die Regel

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Vorzeitige Bundesratsrücktritte sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel. In den letzten 30 Jahren schieden 21 Bundesräte aus dem Amt. 18 Regierungsmitglieder traten freiwillig zurück, nur drei davon auf Ende der Legislatur: Eveline Widmer-Schlumpf, Micheline Calmy-Rey und Kaspar Villiger. Vergrössert man den Betrachtungszeitraum, wird die Bilanz noch eindeutiger: Seit der Einführung der Zauberformel 1959 legten 42 Regierungsmitglieder ihr Amt nieder. Nur neun davon auf Ende einer Legislatur.

Besonders dreist wirken im Nachhinein die Rücktritte der CVP-Magistraten Arnold Koller und Flavio Cotti. Sie gaben zu Beginn des Wahljahres 1999 ihr Ausscheiden aus der Landesregierung bekannt. Die Doppelvakanz sicherte der CVP die Zweier-Vertretung im Bundesrat für weitere vier Jahre.

Grünen-Präsidentin Rytz will die jahrzehntealte Praxis beenden: «Die heutige Situation haben diejenigen geschaffen, die schon lange an der Macht sind und taktische Rücktritte zur Normalität gemacht haben.» Die Bevölkerung erwarte, dass sich in der Politik etwas ändere.

Der Bundesrat sagt «Ja, aber» zu mehr Transparenz

Initiative Der Bundesrat ist zwar vom indirekten Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative, den die Ständeratskommission ausgearbeitet hat, nicht begeistert. Er lehnt diesen aber auch nicht ab. Das Bedürfnis nach Transparenz in der Politikfinanzierung sei gestiegen, teilt der Bun-

desrat mit. Er verschliesse sich diesem Wunsch nicht. Skeptisch bleibt er bezüglich einiger vorgeschlagener Transparenzregeln, zudem sieht er Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Der indirekte Gegenvorschlag der Kommission sei aber ausgewogener als die Initiative. (sda)

Rechter SP-Flügel fordert mehr Einfluss

Die «Reformplattform» der SP verlangt mehr Gewicht innerhalb der Partei. Dadurch will sie auch verhindern, dass Wähler zu den Grünliberalen abwandern.

Eigentlich möchte die SP-Spitze um Christian Levrat die Wahlschlappe in Ruhe analysieren. Nun prescht jedoch die sogenannte Reformplattform vor, eine Gruppe von sozialliberalen SP-Politikern. Sie hat ihre Analyse bereits gemacht – und fordert mehr Einfluss. SP-Ständerat Daniel Jositsch schrieb gestern in einem Newsletter der Plattform, es sei Zeit, «dass wir uns eine offizielle(re) Struktur geben und uns innerhalb der Partei besser verankern».

Jositsch begründet die Forderung mit dem Wahlergebnis. Die Analyse zeige, dass die SP nicht nur an die Grünen, sondern auch an die Grünliberalen verloren habe. Sozialliberale und proeuropäische Wähler «fühlten sich in der SP in den letzten Jahren nicht wirklich gut aufgehoben», schreibt er. Jositsch plädiert daher dafür, dass die Reformplattform in den Statuten der SP verankert wird – so wie es etwa die Juso und die SP Migrantinnen sind. Und: Die Reformplattform sollte in der Parteispitze vertreten sein, findet der Zürcher Ständerat: «Ich fän-



SP-Präsident Christian Levrat will Reformer besser integrieren. Bild: Keystone

de es zweckmässig, wenn wir einen Vizepräsidenten stellen würden.»

SP-Präsident Levrat zeigt sich offen für die Forderung. «Ich begrüsse es, dass sich die Reformplattform stärker einbringen will», sagt er. Es sei immer sein Ziel gewesen, alle Strömungen innerhalb der Partei einzubinden. Ob es dazu formel-

le Änderungen brauche, könne man diskutieren.

Levrat weist indes darauf hin, dass Pascale Bruderer – treibende Kraft hinter der Reformplattform – bis 2011 Vizepräsidentin war. «Leider gab es keine Nachfolge aus dem sozialliberalen Lager, denn ich fand immer, dass die ganze Breite der SP im Präsidium vertreten sein sollte», sagt Levrat. «Darum würde ich es begrüssen, wenn am Parteitag 2020 ein Mitglied der Plattform für einen Sitz im Präsidium kandidieren würde.» Mit anderen Worten: Die Gruppe hat es in der Vergangenheit selbst verpasst, einen Kandidaten vorzuschlagen. Jositsch hat auch schon dankend abgelehnt, wie er sagt. «Wir werden diesmal aber jemanden portieren.» Namen nannte er nicht.

Trotz der Forderungen nach einer besseren Vertretung: Persönliche Kritik an Levrat äussert Jositsch nicht, im Gegenteil. «Levrat macht seinen Job gut», sagt er. Die Wahlniederlage könne nicht ihm angelastet werden.

Maja Briner

Levrats leise Kritik an Genossin Fehr

Präsidium Die Zürcher Regierungsrätin Jacqueline Fehr hat den Abgang von SP-Chef Christian Levrat gefordert. Es brauche einen Wechsel an der Parteispitze, schrieb sie in der linken Zeitung «P.S.» Auf Fehrs Aussage angesprochen, sagt Levrat: «Wir sind gut beraten, den Wahlkampf bis zum Schluss durchzuziehen – und nicht mit personellen Diskussionen zu beginnen und uns davon ablenken lassen.» Die SP werde an der Delegiertenversammlung Ende November Bilanz zu den Wahlen ziehen. Dann sei der Moment, auch über personelle Fragen zu sprechen, sagt Levrat.

Ob er nochmals zur Wiederwahl als Präsident antritt, will er erst nach den zweiten Wahlgängen für den Ständerat bekannt geben – «nicht wegen mir, sondern wegen der Partei», sagt er. «Wir müssen uns auf den Wahlkampf konzentrieren.» (mjb)

Online-Abo
für Abonnenten
nur Fr. 20.–.



E-Paper auf dem Handy, Tablet und Computer